

Gehorsame Ehefrauen: Zweitschlag

Nachdem der »Klub der gehorsamen Ehefrauen« (OWC) bereits zu seiner Gründung im Juni 2011 mit der kontroversen Aussage auf sich aufmerksam machte, dass Scheidungen und Untreue sich vermeiden ließen, indem Frauen ihren Ehemännern gehorchen und deren sexuelle Bedürfnisse wie Prostituierte erfüllten, so stößt nun auch der neueste Coup des Klubs auf scharfen Gegenwind. Anstoß der Kritik ist der 115 Seiten lange Sexguide »Islamic Sex, fighting Jews to return Islamic sex to the world«, der Männer zum Gruppensex mit all ihren Ehefrauen auffordert.

Malaysische Frauenrechtsgruppen empörten sich über die geschmacklose Art und Weise des Klubs sich zu profilieren und verurteilten das Buch als »billigen Schachzug«, der nur dazu diene, mediale Aufmerksamkeit zu erregen. »Ein Schlag ins Gesicht der Frauen. Frauen spielen eine enorme Rolle in der Nation, aber der OWC reduziert uns auf reine Sexobjekte«, so die Geschäftsführerin von *Empower Malaysia*. Die Gruppe *Sisters in Islam* betonte unterdessen, dass der Koran die Ehe an keiner Stelle über (sexuelle) Hörigkeit definiere und daher keine Grundlage für den Guide darstelle. Inzwischen haben sich auch die Behörden eingeschaltet: Demnach soll der Inhalt des »beschämenden« und »sinnwidrigen« Buches, so das Islamische Entwicklungsamt JAKIM, untersucht und an der Verbreitung gehindert werden. Laut Frauen- und Familienministerin Shahrizat Abdul Jalil untergrabe der »Klub der gehorsamen Ehefrauen« die wichtigen Gewinne, die das Land in seinen Anstrengungen nach Geschlechtergleichheit bisher erreicht habe.

vgl.: The Star Online, 14.10.2011

Malaysia in Top 20

Malaysia ist im diesjährigen Weltbank-Ranking der weltweit wirtschaftsfreundlichsten Staaten um fünf Plätze aufgestiegen und ist dabei auch an Wirtschaftsgrößen wie Deutschland oder Japan vorbeigezogen. Ein Regierungssprecher begrüßte den 18. Rang und betonte, dass die Reformmaßnahmen der Regierung nun Früchte tragen würden. Die Wirtschaftsanalysten der Weltbank berücksichtigen bei ihrem jährlichen »Doing Business«-Bericht unter anderem, wie leicht es ist, in den verschiedenen Ländern ein Ge-

werbe anzumelden oder Baugenehmigungen oder Kredite zu erhalten. Zusätzlich untersuchen sie Faktoren, wie den grenzübergreifenden Handel oder die Durchsetzbarkeit von Verträgen. Im Wettbewerb mit anderen asiatischen Staaten musste sich Malaysia nur den beiden Spitzenreitern Singapur und der Sonderverwaltungszone Hongkong sowie Südkorea auf Platz acht und Thailand auf dem 17. Rang geschlagen geben.

vgl.: The Star Online, 20.10.2011; Spiegel Online, 20.10.2011

Polizei beliebt auf Facebook

Zur Imageverbesserung eingeführt steht die Facebook-Seite der Polizei unangefochten an der Spitze der Beliebtheitsskala der Bürger und lässt alle anderen malaysischen Regierungsbehörden mit mehr als 85.000 Fans im In- und Ausland weit hinter sich. Um den Erfolg der Seite, die regelmäßige Updates über die Polizeiarbeit anbietet und Kriminalstatistiken, Sicherheitstipps und Verkehrsberichte bereitstellt, fortzusetzen und gleichzeitig noch mehr Menschen zu erreichen, will die Polizei nun auch einen eigenen Twitter-Account einrichten. Facebook und Twitter könnten die Polizisten durch die direkte Kommunikation näher zu den Menschen bringen und dadurch entscheidend zum Abbau negativer Wahrnehmungen beitragen, so Generalpolizeiinspektor Ismail Omar. Auch öffentliches Feedback sei willkommen, da konstruktive Kritik den Polizisten dabei helfen würde, ihre Arbeit besser zu erledigen. Im Polizeihauptquartier in Kuala Lumpur handeln derzeit rund 30 Beamte die Facebook- und Twitter-Accounts, aber inzwischen sind alle Polizeidienststellen auf Bundesstaats- und Distriktebe-

ne dazu aufgefordert bis 2012 eigene Accounts einzurichten, um so die Unterstützung der Öffentlichkeit bei der Verbrechensbekämpfung für sich zu gewinnen.

Die zunehmende Nutzung sozialer Medien, die dadurch zu einem wertvollen Werkzeug zur schnellen Informationsverbreitung geworden sind, hat unterdessen auch die malaysische Regierung dazu bewogen, ihre Zensurpolitik zu überdenken. Die Regierung hatte im Zuge der Demonstrationen vom 9. Juli 2011 zwar die nationale Berichterstattung zensieren lassen, konnte aber die Verbreitungen von Videos über Kanäle wie YouTube nicht aufhalten, wodurch der Akt der Zensur selbst ins Feuer der internationalen Kritik geriet. Als Konsequenz hat Premierminister Najib Razak umfassende Reformen der Medien- und Sicherheitsgesetze angekündigt, darunter auch die Abschaffung von zwei umstrittenen Sicherheitsgesetzen, die unbefristete Festnahmen ohne Gerichtsprozess ermöglichen.

vgl.: Channel News Asia, 22.09.2011/26.09.2011; Reuters, 15.09.2011

kurz notiert

Peitschenhiebe für Scheidung?

Die Regierung des im Nordosten Malaysias gelegenen Bundesstaates Kelantan erwägt, verheirateten Paaren, die sich »ohne validen Grund« scheiden lassen, heftigere Strafen aufzuerlegen. Der Vorsitzenden des Ausschusses für Frauen, Familie und Gesundheit zufolge, würden strengere Maßnahmen wie Peitschenhiebe oder Gefängnisstrafen und deren strikte Durchsetzung dabei helfen die Scheidungsrate zu reduzieren. Zu den

Kriterien, nach denen Scheidungsgründe bemessen werden, machten die Behörden jedoch keine Aussagen. Kelantan, dessen Scheidungsrate seit 2009 rückläufig ist, machte erst im Juni 2011 Schlagzeilen mit dem Vorschlag Männer finanziell dafür zu belohnen, dass sie alleinerziehende Mütter oder Witwen mit Zustimmung der gegenwärtigen Ehefrau zu ihren Zweitfrauen machen.

vgl.: AsiaOne, 19.10.2011

Für einen Palästinenserstaat

Entgegen internationaler Bedenken hat die malaysische Regierung ihre Unterstützung für den palästinensischen UN-Antrag auf eigene Staatlichkeit bekannt gegeben. Demnach sei der Antrag die »am meisten ausschlaggebende und realistische Lösung für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten«. Die Argumentation der israelischen Regierung, dass der Friedensprozess durch die Aufnahme eines Palästinenserstaates in die UN gefährdet werde, »ist schwach, haltlos und absurd«, so die Erklärung des Außenministeriums und weiter: »Malaysia lehnt die Begründungen Israels für den Stillstand des Frie-

densprozesses komplett ab, speziell im Hinblick auf die illegale Besiedlung der Westbank. Malaysias Ansicht nach sind die illegalen Siedlungen Kern des Problems und müssen abgebaut werden«. Daher werde die Regierung den Palästinensern bei der Sicherstellung der nötigen Stimmzahl im UN-Sicherheitsrat und der Vollversammlung beistehen. Es sei an der Zeit, dass die Gegner des Antrags »auf die Stimmen der Mehrheit hören, die bei den stehenden Ovationen für Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas unübersehbar waren.«

vgl.: The Star Online, 25.09.2011

Jungenförderung

Angesichts eines zunehmenden Geschlechtergefälles im Hochschulwesen hat Malaysias Bildungsministerium Schritte zur Jungenförderung angekündigt. Demnach sollen zur Verbesserung der praxisnahen und alltagstauglichen Fähigkeiten der Jungen ab 2013 berufsbildende Maßnahmen wie etwa Autoreparaturen auf den Stundenplänen der Schulen ste-

hen. Der stellvertretende Bildungsminister Wee Ka Siong verspricht sich von dieser Neuerung weniger vorzeitige Schulabgänger und mehr Interesse an einem höheren Bildungsweg unter den Jugendlichen. Laut der Immatrikulationsrate im Juli 2011 waren im Schnitt nur 30 bis 35 Prozent der Studienanfänger männlich.

vgl.: Bangkok Post, 11.09.2011

Nach 26 Jahren zurück in der WHO

Auf der 62. jährlichen Tagung des Regionalkomitees für die Region West-Pazifik Mitte im Oktober 2011 in Manila, ist Malaysia in den aus 34 wechselnden Mitgliedsländern bestehenden Exekutivrat der *Weltgesundheitsorganisation* (WHO) gewählt worden. Zusammen mit Australien wird das Land somit nach einer Durststrecke von 26 Jahren ab 2012 zwei Jahre lang die westliche Pazifikregion innerhalb der WHO repräsentieren. Eine »großartige Nachricht«, freute sich Gesundheitsminister Liow Tiong Lai, »die es Malaysia ermöglichen wird, sein Image weltweit zu steigern. Gleichzeitig kann Malaysia bei Gesundheitsfragen eine aktive diplomatische Rolle spielen und sicherstellen, dass eine effiziente Gesundheitspolitik implementiert wird«. Kurz nach der Ernennung in die WHO veröffentlichte das malaysische Gesundheitsministerium Zahlen, nach denen beinahe die Hälfte alle Malaysier als nicht gesund bezeichnet wird: Demnach seien 44 von 100 Personen so inaktiv, dass es negative Auswirkungen auf ihre Gesundheit habe. Liow zufolge würden die meisten Malaysier die Gefahren von Wohlstandskrankheiten wie hohem Blutdruck und Cholesterin, Fettleibigkeit, Diabetes oder Herzproblemen unterschätzen. Programme wie die 2009 eingeführte »1.000 Schritte am Tag«-Kampagne und Schulinitiativen, bei denen der Body Mass Index von Schülern ermittelt oder Unterricht in gesunder Ernährung erteilt werden, müssten daher fortgesetzt werden. Mit dem neu gestarteten Initiativplan zur Mundhygiene sollen zudem Nicht-Regierungsorganisationen und Privatleute in den Kampf für die Gesundheit eingebunden werden. Wichtigstes Ziel des Plans: 50 Prozent aller Sechsjährigen sollen bis 2020 kariesfrei sein.

vgl.: The Star Online, 16.10.2011; Asean Affairs, 24.10.2011

kurz notiert